



Antwort

zur Anfrage Nr. AF/0012/2025

Vorlage: AW/0011/2025		Datum: 29.01.2025	
Dezernat 3			
Verfasser:	40-Kultur- und Schulverwaltungsamt	Az.:	
Betreff:			
Antwort zur Anfrage der AfD-Ratsfraktion: Errichtung einer Gedenktafel für das Kriegsgefangenenlager Lützel (Mai bis November)			
Gremienweg:			
	Stadtrat	<input type="checkbox"/>	einstimmig
		<input type="checkbox"/>	mehrheitl.
		<input type="checkbox"/>	Kenntnis
		<input type="checkbox"/>	abgelehnt
		<input type="checkbox"/>	vertagt
		<input type="checkbox"/>	ohne BE
		<input type="checkbox"/>	abgesetzt
		<input type="checkbox"/>	geändert
TOP	öffentlich	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen
		<input type="checkbox"/>	Gegenstimmen

Antwort

1. Welche neuen Erkenntnisse gibt es seit der Antwort der Landesregierung zur Anfrage von Joachim Paul hinsichtlich der Geschichte, Größe, Belegung und Lebensbedingungen im Rheinwieslager Koblenz-Lützel?

Es sind keine neuen Erkenntnisse vorhanden.

2. Wurde seitens der Stadt Koblenz Kontakt mit der Landeszentrale für politische Bildung aufgenommen, um die Geschichte des Lagers in Koblenz detaillierter zu beleuchten, oder ist dies geplant?

Eine Kontaktaufnahme seitens der Stadtverwaltung ist nicht bekannt und aktuell nicht geplant.

3. Gibt es inzwischen bürgerschaftliche oder institutionelle Initiativen, die sich für eine Gedenkarbeit in Bezug auf das Lager in Koblenz einsetzen?

Entsprechende Initiativen sind der Stadtverwaltung nicht bekannt.

4. Zieht es das Kulturdezernat in Erwägung, die Errichtung eines Denkmals erneut auf die Tagesordnung des Kulturausschusses zu setzen?

Aktuell ist dies nicht geplant.

5. Wenn ja, bitte Begründung angeben.

-/-

6. Wenn nein, warum nicht?

Die Debatten der vergangenen Jahre im Kulturausschuss zur Aufstellung von Gedenktafeln o. ä. im Kontext der städtischen Erinnerungskultur haben der Verwaltung aufgrund der Fülle an erinnerungswürdigen Geschehnissen und Orten eine zurückhaltende Linie und Prüfung temporärer und alternativer Gedenkformen auferlegt. Zudem sollten sich die Maßnahmen auf eine breit getragene Unterstützung der Öffentlichkeit und Politik stützen. Die Diskussion um die Errichtung einer Gedenkstätte in o. g. Angelegenheit aus dem Jahr 2017 im damaligen Ausschuss für Kultur und Hochschulfragen hat aus Sicht der Verwaltung deutlich gemacht, dass dies in diesem Fall nicht gegeben ist.

7. Könnten alternative Erinnerungsformen (z. B. digitale Dokumentationen oder Infotafeln an markanten Standorten) geprüft werden, um die Geschichte des Lagers im öffentlichen Bewusstsein zu halten?

Wie zu Frage 6 beschrieben prüft die Verwaltung zu jeder Maßnahme im Kontext der Erinnerungskultur verschiedene Erinnerungsformen. Die unter Federführung des Dezernats III

regelmäßig tagende Arbeitsgruppe Erinnerungskultur macht es sich zudem seit vielen Jahren zur Aufgabe, zeitgemäße und vor allem Zielgruppen-orientierte (mit einem starken Fokus auf die Jugend) Formate zu erproben und zu etablieren. Ein Beispiel hierfür ist die Erinnerung an das 75-jährige Jubiläum der Rittersturzkonferenz im Jahr 2023.